



NIEDERSCHRIFT

9. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr der Stadt Weiterstadt

10. Legislaturperiode 2016/2021

am	30. August 2018
im	Rathaus, Riedbahnstraße 6, Sitzungsraum Verneuil sur Seine
Beginn	19:00 Uhr
Ende	20:40 Uhr

Anwesende:

SPD-Fraktion

Hofmann, Heike
Koch, Alexander Dr.
Kurpiers, Christian
Schafhausen, Julius

CDU-Fraktion

Dürr, Ina
Tillmann, Ursel

ALW-Fraktion

Amend, Heinz Günther
Wächter, Gunter

FWW-Fraktion

Moczygemba, Eugen

Präsidium

Stadtverordnetenversammlung

Pohl, Barbara Dr.

Magistrat

Berger, Manfred
Fischer, Willi
Geter, Stephan
Hamm, Udo Dr.
Hasenauer, Josef

Mager, Philipp

Möller, Ralf

Pohl, Edgar

Reitz-Gottschall, Angelika

Spätling-Slomka, Dorothea

Ausländerbeirat

Tomasulo, Maria Donata

Seniorenbeirat

Keil, Margot

Ehrenamtlicher

Behindertenbeauftragter

Blättler, Peter

Schriftführung

Heß, Martin

Verwaltung

Latocha, Georg

Presse

Darmstädter Echo: Wickel, Marc Dr.

Gäste

Fluglärmkommission: Anja Wollert

Der Vorsitzende des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr, Dr. Alexander Koch, eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass die Einladungen fristgerecht und ordnungsgemäß ergangen sind (§§ 56 und 58 HGO), die Sitzung öffentlich bekannt gemacht wurde (§ 58 HGO) und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Als Gast begrüßt er Anja Wollert von der Fluglärmkommission.

Folgende Tagesordnung wird festgestellt:

	Drucksache
1. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr vom 7. Juni 2018	
2. Verbesserung der Schutzwirkung des Fluglärmschutzgesetzes; Stellungnahme zum Entwurf eines Berichtes der Bundesregierung zur Evaluierung des Fluglärmschutzgesetzes	10/0552/1
3. Anschließung von Weiterstadt an den geplanten Fahrradschnellweg von Darmstadt nach Frankfurt; Antrag der ALW-Fraktion	10/0533

Tagesordnungspunkt 1

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr vom 7. Juni 2018

Einwendungen gegen die Niederschrift werden nicht erhoben. Die Niederschrift gilt als festgestellt.

Tagesordnungspunkt 2

Verbesserung der Schutzwirkung des Fluglärmschutzgesetzes; Stellungnahme zum Entwurf eines Berichtes der Bundesregierung zur Evaluierung des Fluglärmschutzgesetzes Drucksache: 10/0552/1

Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 16. August 2018 die Drucksache zur weiteren Beratung an den Ausschuss überwiesen.

Anja Wollert, Mitglied der Fluglärmkommission, informiert die Anwesenden mittels PowerPoint Präsentation über den Sachverhalt und beantwortet im Anschluss die Fragen. Die Präsentation wird der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Bürgermeister Möller informiert über eine politische Aktion zur Unterstützung der heute als Drucksache vorliegenden Initiative der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Fluglärmkommissionen (ADF) in Berlin am 12. September 2018, an der er persönlich teilnehmen wird.

Frau Dürr weist im Vorgriff auf einen einstimmigen Beschluss in der Stadtverordnetenversammlung darauf hin, einen entsprechenden Hinweis auf die Einstimmigkeit in die geplanten Briefe an die zuständigen Bundestagsabgeordneten mit aufzunehmen.

Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgende Beschlussfassung:

1. Magistrat und Stadtverordnetenversammlung der Stadt Weiterstadt schließen sich den Einschätzungen und Forderungen der Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Fluglärmkommissionen (ADF) zum Entwurf eines Berichtes der Bundesregierung zur Evaluierung des Fluglärmschutzgesetzes an.
2. Magistrat und Stadtverordnetenversammlung erklären ihre Bereitschaft, ADF in ihrem Bemühen zu unterstützen, Vertretern von Bundesregierung und Bundestag den dringenden gesetzlichen Reformbedarf im Hinblick auf die Verbesserung des Schutzes der Bevölkerung vor Fluglärm zu vermitteln und auf entsprechende gesetzliche Änderungen zu drängen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Tagesordnungspunkt 3

Anschließung von Weiterstadt an den geplanten Fahrradschnellweg von Darmstadt nach Frankfurt; Antrag der ALW-Fraktion

Drucksache: 10/0533

Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 21. Juni 2018 den Antrag zur weiteren Beratung an den Ausschuss überwiesen.

Die Behandlung dieses Tagesordnungspunktes war zuerst für die Ausschusssitzung am 9. August 2018 geplant. Diese Sitzung musste allerdings kurzfristig abgesagt werden.

Der Vorsitzende gibt zuerst der ALW-Fraktion die Möglichkeit den Antrag zu erläutern. Herr Wächter begründet den Antrag.

Fachbereichsleiter Latocha informiert über die heutige Regionalkonferenz Südhessen des Projektes „Radschnellverbindungen in Hessen“, die das Hessische Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung im Rahmen der „Arbeitsgemeinschaft Nahmobilität Hessen“ (AGHN) in Auftrag gegeben hat und an der er als städtischer Vertreter teilnahm. Das Land Hessen beabsichtigt bis Februar 2019 ein Konzept für ein Radwegehauptnetz vorzulegen. Der Link zur Niederschrift der heutigen Fachkreistagung wird nach Erhalt an die Ausschussmitglieder weitergeleitet.

Frau Hofmann verlässt bei Beratung des Tagesordnungspunktes drei um 20:20 Uhr die Sitzung.

Während der eingehenden Diskussion wird die Verwaltung mit folgenden Aufgaben beauftragt:

Herr Kurpiers beauftragt die Verwaltung, um eine Abstimmung mit der Stadt Darmstadt, wo der geplante Fahrradschnellweg langführen soll und ob Darmstadt grundsätzlich Interesse an einer Vernetzung mit dem Weiterstädter Radwegenetz hat.

Frau Dürr beauftragt die Verwaltung, um Klärung, ob bei dem beabsichtigten Radwegehauptnetz die planerische und monetäre Zuständigkeit beim Land Hessen liegt oder den betroffenen Kommunen übertragen wird.

Frau Tillmann beauftragt die Verwaltung, Erfahrungswerte vorzulegen, wie viele Radler das Angebot nutzen, mit ihrem Rad in der S-Bahn nach Frankfurt zu pendeln.

Herr Wächter beauftragt die Verwaltung, vorab zwei Hauptwegetrassen zum geplanten Fahrradschnellweg herauszusuchen.

Man einigt sich einvernehmlich darauf, den städtischen Vertreter in der AGHN, Herrn Joe Ackermann im weiteren Verfahren anzuhören.

Herr Moczygamba stellt den Antrag, die Drucksache bis zur Vorlage des Konzeptes eines Radwegehauptnetzes im Februar 2019 im Ausschuss zu belassen und dann zusammen mit den Ergebnissen der Arbeitsaufträge zu beraten.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag wie folgt abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

Dr. Alexander Koch
Vorsitzender

Martin Heß
Schriftführung